

## Pressemitteilung

Montag, 5. April 2021

### **Unsere Hochschulen als Ort der Freiheit - Gegen einen Zwang zum Gendern!**

Wer schon eine Weile in der Hochschulpolitik unterwegs ist kennt es bereits: Das Thema Gendern. Bereits seit langem versuchen linke politische Kräfte Gendern an unseren Hochschulen in wissenschaftlichen Arbeiten zum Standard zu machen. Immer wieder werden Fälle bekannt, dass Studenten schlechter benotet werden oder gar durchfallen, wenn sie ihre Klausuren oder Hausarbeiten nicht Gendern. In den letzten Tagen hat ein Fall aus Kassel für bundesweite Aufsehen gesorgt.

Wir, der RCDS Hessen und Junge Union Hessen sehen die aktuelle Entwicklung mit großer Besorgnis. Die vollständige Verwirklichung der in unserer Verfassung festgeschriebenen Gleichberechtigung aller Menschen eint alle demokratischen politischen Kräfte. Ob die Verwendung von Gender-Schreibweise dafür ein adäquates Mittel ist, wird kontrovers diskutiert.

Genau genommen widerspricht Gendern korrekter deutscher Rechtsschreibung und wäre demnach als Fehler zu behandeln. Besonders hinsichtlich Staatsexamina und Abschlussarbeiten stellt dies ein ernstzunehmendes Problem dar. Einerseits darf die Meinungsfreiheit nicht beschränkt werden, andererseits muss eine konkrete und klare Regelung für die Prüflinge bestehen, nach der sie sich richten können. Ohne konkrete Regelung ist die Vergleichbarkeit der wissenschaftlichen Arbeiten de facto nicht mehr gegeben und Studenten können Prüfungsanforderungen oder Bewertungen nicht mehr nachvollziehen. „Uns liegt die Gleichberechtigung am Herzen. Doch anstatt neuer Diskriminierungen zu schaffen, indem man Studenten mit einer anderen Überzeugung schlechter benotet, sollte man sich lieber konstruktiven Maßnahmen und den wahren Ursachen der Probleme zuwenden. Unsere Rechtschreibung gehört da sicher nicht dazu“, so Nils Zeißler aus dem Landesvorstand der Jungen Union Hessen.

Gleichberechtigung bedeutet, ein Differenzierungsverbot von Gleichem und stellt ausdrücklich ein Willkürverbot dar. Fälle wie der in Kassel zeigen die Willkür und die Subjektivität der Benotung an hessischen Universitäten und stellen gerade keine Gleichberechtigung dar. Persönliche politische Ansichten werden zum Bewertungsmaßstab gemacht. Das eine staatliche Institution, die für Freiheit und Gleichheit eintreten sollte und sich diese Werte immer auf die Fahne geschrieben hat, solche Fälle sanktionslos hinnimmt, gar duldet, ist mehr als bedenklich. Ob ein Eingriff in die Meinungsfreiheit vorliegt, bleibt abzuwarten.

Dazu Natalie Krause, Landesvorsitzende des RCDS Hessen: „Ob es Studenten, Studierende oder Student\*innen/Student:innen/Student`innen heißt, ist im privaten Raum letztlich eine Frage von politischer Überzeugung und persönlichem Empfinden. Ob diese Überzeugungen eine Rolle in der Bewertung wissenschaftlicher Arbeiten spielen dürfen ist zu bezweifeln. Letztendlich ist unsere Sprache aus dem Konsens der Gesellschaft erwachsen und ein Ausdruck gelebter Demokratie, die daraus entstandenen Standards sollten dementsprechend geachtet werden. Eine schlechtere Benotung aufgrund der Einhaltung dieser Standards darf es an unseren Hochschulen nicht geben.“



## Pressemitteilung

Montag, 5. April 2021

Die Frage, die sich hessische Universitäten nun stellen müssen, ist: Wollen sie wissenschaftlich sauber Arbeiten und einen einheitlichen sprachlichen Standard wahren oder der Willkür von einzelnen Dozenten und Professoren freien Lauf lassen. Eben diese Frage sollte sich auch das zuständige Ministerium und Ministerin Dorn stellen.